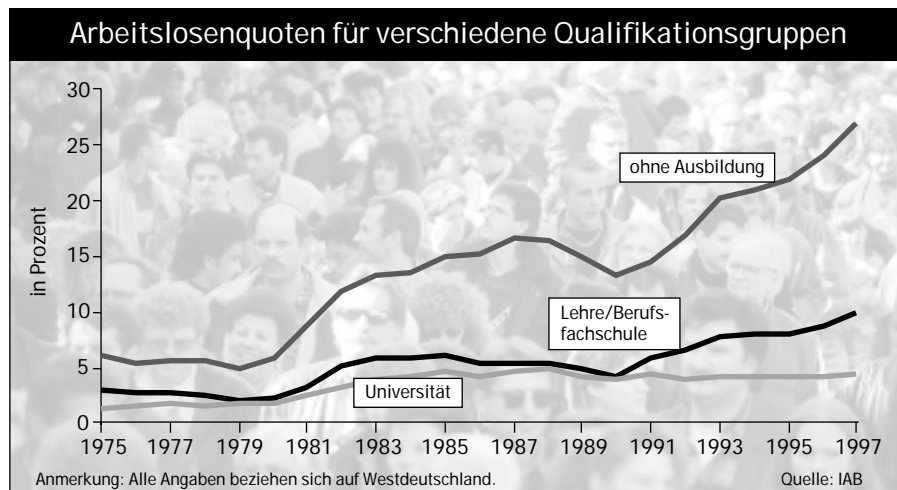


Zusätzliche Jobs durch Lohnverzicht

Es ist eine empirisch untermauerte Tatsache, dass der weitaus überwiegende Teil der Arbeitslosigkeit hier zu Lande durch Funktionsstörungen auf Arbeits- und Gütermärkten verursacht wird. Daher steht unter anderem die mangelnde Flexibilität der Löhne insbesondere im Bereich gering qualifizierter Arbeit im Mittelpunkt der Beschäftigungsdiskussion. Wie viel Lohnzurückhaltung muss dort geübt werden, um einen signifikanten Beschäftigungsaufbau zu erreichen? Dieser Frage geht das ZEW in einer aktuellen Untersuchung nach.



■ Erstmals für Westdeutschland wird in einer ZEW-Studie für unterschiedliche Qualifikationsgruppen von Arbeitnehmern das Ausmaß einer Lohnsenkung geschätzt, das erforderlich ist, um die Arbeitslosenquote für geringe und mittlere Qualifikationsstufen zu halbieren. Die Schätzung umfasst die Jahre 1975 bis 1995 und betrachtet 46 Sektoren der westdeutschen Volkswirtschaft. Sie gelangt zu folgendem Resultat für einen sektoralen Durchschnittswert: Um die Arbeitslosenquote sowohl bei den Geringqualifizierten (sie belief sich 1995 auf rund 20 v.H.) als auch bei der mittleren Qualifikationsstufe (5,7 v.H.) zu halbieren, müssen die nominalen Löhne im unteren Qualifikationsbereich in der Größenordnung von 14 bis 37 v.H., im mittleren Bereich von 10 bis 34 v.H. sinken. Gleichzeitig sinkt jedoch auch der Outputpreis. Dies schlägt sich zum Teil

in einer Verringerung der Konsumentenpreise nieder, sodass die realen Verdiensteinbußen wesentlich geringer ausfallen als die nominalen. Klar wird, dass zunächst eine Absenkung der Nominallöhne beispielsweise für gering qualifizierte Arbeit erforderlich ist, im Mittel der Bandbreiten mithin um rund ein Viertel. Dies könnte allerdings auch durch eine entsprechend größere Spreizung der Lohnstruktur innerhalb der unteren Lohngruppe erreicht werden.

Ein solches, quantitativ gesehen sehr ehrgeiziges Beschäftigungsziel kann man vermutlich nicht in einem Schritt erreichen. Um das Problem der „working poor“ zu vermeiden, müssen zudem die Lohnsenkungen im Niedriglohnbereich sozialpolitisch so flankiert werden, dass die Arbeitsaufnahme beispielsweise arbeitsloser Sozialhilfeempfänger nicht bestraft, sondern gefördert wird. Wie

immer dieses Problem angegangen werden mag, Lohnkorrekturen sind unumgänglich. Kein Erfolg versprechender Weg führt an diesem von der Lohnpolitik zu leistenden Beitrag vorbei. Die Ergebnisse der ZEW-Studie signalisieren den Tarifvertragsparteien eine ungefähre Vorstellung über das quantitative Ausmaß des Handlungsbedarfs.

Die Schätzungen beruhen auf einem theoretischen Modell, in dem die Nachfrage nach Arbeit für geringe, mittlere und hohe Qualifikationsstufen in drei Gleichungen erklärt wird. Dabei wird nicht nur die durchschnittliche Entlohnung über die Qualifikationsgruppen hinweg berücksichtigt, sondern auch die Lohn dispersion innerhalb der jeweiligen Qualifikationsgruppe. Je weniger letztere im Vergleich zur Produktivitätsverteilung gespreizt ist, desto geringer wird die Nachfrage nach den Arbeitsleistungen bei Konstanz aller anderen Ein-

In dieser Ausgabe

Zusätzliche Jobs durch Lohnverzicht	1
Unternehmensgründungen in Deutschland	3
Mitarbeiteroptionen beeinträchtigen Aussagekraft von Bilanzgewinnen	4
ZEW-Workshop	5
ZEW-Kolloquium, ZEW-Neuerscheinungen	6
ZEW-Intern, ZEW-Termine	2
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

flussfaktoren sein, weil unterschiedlichen Produktivitäten innerhalb der Qualifikationsgruppe dann nicht mehr Rechnung getragen wird. Neben der Entlohnung bestimmt sich die Nachfrage nach Arbeit des Weiteren in Abhängigkeit von der Höhe der Güterproduktion. Sie stellt in den vorliegenden Schätzungen keine exogene, das heißt außerhalb des Modells bestimmte, Größe dar, sondern wird endogen, also innerhalb des Modells, erklärt. Der Grund ist, dass das

Produktionsergebnis von einem veränderten Einsatz der Produktionsfaktoren in der Regel nicht unbeeinflusst bleibt.

Allerdings lässt das Schätzmodell noch Wünsche offen. So stellt etwa die angenommene Exogenität des Kapitalbestands und der Technologie eine Einschränkung dar, weil dies mit einer Unklarheit über die Größenordnung der relativen Outputveränderung auf Grund einer relativen Erhöhung des Einsatzes aller Produktionsfaktoren einhergeht.

Das Modell schätzt einen Wert dieser „Skalenelastizität“ für die einzelnen Qualifikationsstufen des Arbeitseinsatzes über Eins. Angesichts der Exogenität des Kapitalbestands und der Technologie wäre ein Wert von maximal Eins plausibel. Als Behelf dient im Moment die Angabe einer Bandbreite. Hier besteht noch weiterer Forschungsbedarf. ◀

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D.,
fitzenbe@sonne.vwl.uni-Mannheim.de
Prof. Dr. Wolfgang Franz, franz@zew.de

ZEW-Intern

ZEW-Forschungsprofessor erhält Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften

■ Prof. James J. Heckman (Universität Chicago, USA) wurde vor Kurzem von der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften zuerkannt. Heckman erhielt den Preis für die Entwicklung von Theorien und Methoden zur Analyse selektiver Stichproben. Als Forschungsprofessor am ZEW arbeitet er mit dem Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ zusammen. So ist Heckman zurzeit an einem Forschungsprojekt des ZEW beteiligt, bei dem vergleichende empirische Analysen zu den



Professor James J. Heckman

Arbeitsmarkteffekten von staatlichen Programmen zur Einkommenssicherung in Deutschland und in den USA durchgeführt werden. Im Juni 1999 war er einige Zeit am ZEW und referierte dort unter anderem im Rahmen einer ZEW-Konferenz über „Econometric Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe“. Heckman wird im kommenden Jahr an einer Konferenz in Berlin teilnehmen, die er gemeinsam mit dem ZEW organisiert hat: „Labor Market Effects of Income Support and Training Programs – A Comparison Between Germany and the US“, 4.-5. April 2001. ◀

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Perspektiven und Möglichkeiten der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen, 16. November 2000, ZEW-Gebäude.

Aktionsoptionsprogramme als Vergütungsinstrument, 17. November 2000, ZEW-Gebäude.

Methoden zur Identifizierung wettbewerbsfähiger Beschaffungsmärkte, 21. November 2000, ZEW-Gebäude.

Das Internet als Instrument der Wettbewerbsanalyse, 22. November 2000, ZEW-Gebäude.

Fundierte Argumentation bei finanzpolitischen Themen, 5. Dezember 2000, ZEW-Gebäude.

■ E-Commerce – Wettbewerbsvorteile realisieren

Logistik – Auswirkungen von E-Commerce auf die Logistik, 15. November 2000, ZEW-Gebäude.

Wettbewerbsanalyse – Das Internet als Instrument der Wettbewerbsanalyse, 22. November 2000, ZEW-Gebäude.

Cyberlaw – Steuerliche und rechtliche Fragen des E-Commerce, 6. Dezember 2000, ZEW-Gebäude.

■ Informationen zu den Veranstaltungen

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: pauli@zew.de

Forschungsergebnisse

Unternehmensnahe Dienstleister bestimmen Gründungsgeschehen

In der Branche der unternehmensnahen Dienstleister ist die Zahl der Unternehmensgründungen 1999 in Westdeutschland um gut zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Auch in Ostdeutschland einschließlich Berlin erhöhte sich die Zahl der Gründungen in diesem Zeitraum um beachtliche sechs Prozent. Damit setzt sich diese Branche deutlich von der Entwicklung in Gesamtdeutschland ab. Dies geht aus einer aktuellen Untersuchung des ZEW zum Gründungsgeschehen in Deutschland hervor.

■ Das ZEW berichtet seit 1991 über das Gründungsgeschehen in Deutschland. Angaben zu neu gegründeten Unternehmen stellt der Verband der Vereine Creditreform dem ZEW zur Verfügung. Als Unternehmensgründung wird dabei jeder erstmalige Aufbau eines Unternehmens bezeichnet. Es werden alle Unternehmensgründungen berücksichtigt, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt nicht in der Land- und Forstwirtschaft oder im öffentlichen Sektor haben und die keine Beteiligungsgesellschaften sind.

Die unternehmensnahen Dienstleister, zu denen unter anderem EDV Dienstleister, Unternehmensberater, Ingenieurbüros und Werbeagenturen zählen, bestimmen auf Grund ihrer Gründungstätigkeit das Gründungsgeschehen in Deutschland maßgeblich mit. So hat sich ihr Anteil an allen Gründungen in Westdeutschland von gut 17 Prozent im Jahr 1993 auf 21 Prozent im vergangenen Jahr erhöht. In Ostdeutschland stieg der Anteil auf knapp 16 Prozent im Jahr 1999 gegenüber 14 Prozent im Jahr 1993. Zu dieser Entwicklung beigetra-

gen haben insbesondere Gründungen in den Wirtschaftszweigen Unternehmens- und Rechtsberatung sowie EDV-Dienstleistungen.

Schwache Gründungstätigkeit in anderen Branchen

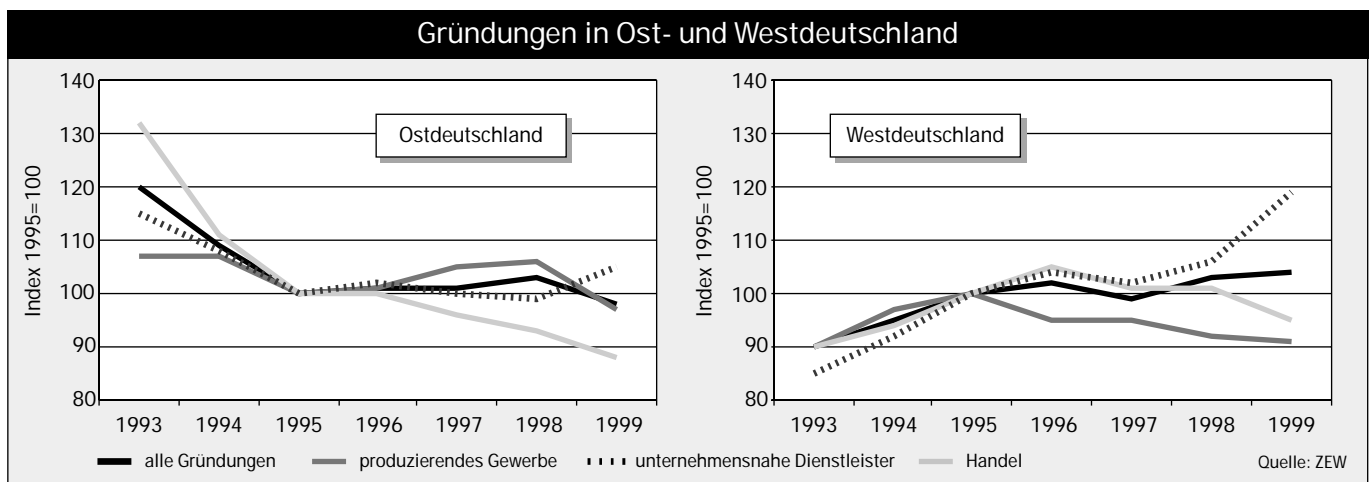
Außerhalb der unternehmensnahen Dienstleister stellt sich die Gründungstätigkeit indessen weniger erfreulich dar. In Westdeutschland stagnierte die Zahl der Unternehmensgründungen auf dem Niveau von 1998. In Ostdeutschland ging die Zahl aller Unternehmensgründungen im Jahr 1999 um mehr als vier Prozent gegenüber 1998 zurück. Nach dem Abflauen des Gründungsbooms in Ostdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung waren die Gründungszahlen ab 1995 dort wieder gestiegen. Diese positive Entwicklung ist nun unterbrochen.

Die Struktur des Gründungsaufkommens in Ostdeutschland unterscheidet sich immer noch erheblich von der Struktur in den westdeutschen Bundes-

ländern. So ist der Anteil der Gründungen im produzierenden Gewerbe (Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) in Ostdeutschland mit etwa 25 Prozent deutlich höher als im Westen (15 Prozent). Dieser Unterschied ist hauptsächlich auf die höhere Bedeutung des Baugewerbes in Ostdeutschland zurückzuführen.

Die Gründungen im westdeutschen Handel entwickelten sich bis 1998 weitgehend parallel zu den gesamten westdeutschen Gründungen. Durch den Rückgang der Zahl der Gründungen im Handel im Jahr 1999 lag der Anteil des Handels an allen westdeutschen Gründungen mit 27 Prozent erstmals deutlich unter der bisher erreichten Marke von 30 Prozent. Aber auch in Ostdeutschland verliert der Handel immer weiter an Bedeutung. Im Jahr 1999 sind nur noch 23 Prozent aller ostdeutschen Unternehmensgründungen dem Handel zuzurechnen. ◀

*Dirk Engel, engel@zew.de,
Helmut Fryges, fryges@zew.de*



Forschungsergebnisse

Mitarbeiteroptionen beeinträchtigen die Aussagekraft von Bilanzgewinnen

Die Entlohnung von Mitarbeitern mit Aktienoptionen ermöglicht es Arbeitgebern nach US-amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften (US-GAAP), den Personalaufwand in der Bilanz nicht in voller Höhe anzusetzen. Durch dieses Vorgehen wird der Bilanzgewinn höher ausgewiesen. In einer wissenschaftlichen Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Konstanz wird untersucht, ob Unternehmen von diesem Bilanzierungswahlrecht systematisch Gebrauch machen und ob hierdurch der Aussagegehalt von Bilanzgewinnen beeinträchtigt wird.

■ Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass die Ausnutzung dieses Bilanzierungswahlrechts zu erheblichen Fehleinschätzungen der Ertragslage führen kann (ZEW Discussion Paper No. 00-39). Interessanterweise nutzen gerade Unternehmen der „New Economy“ dieses Wahlrecht aus, indem sie einen großen Teil der Lohnzahlungen durch Optionen substituieren. So müssten beispielsweise nach den ZEW-Schätzungen Broadcom und Yahoo für das Geschäftsjahr 1999 ohne Ausnutzung des Wahlrechts einen Verlust statt eines Gewinns ausweisen.

Personalaufwand reduzieren

Wie kann es aber sein, dass die als sehr streng geltenden US-amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften solche Wahlrechte einräumen? Das nach heftigen Kontroversen im Oktober 1995 verabschiedete Statement 123 des Financial Accounting Standard Board (FAS 123) empfiehlt zwar, dass der faire Wert der vergebenen Mitarbeiteroptionen, das heißt der Wert, der hierfür an einer Börse zu erzielen wäre, als Personalaufwand zu erfassen ist. Dies ist jedoch nicht verbindlich vorgeschrieben. Vielmehr bleibt es im Ermessen der Unternehmen, weiterhin nach der älteren Opinion 25 des Accounting Principal Boards (APB 25) vorzugehen. Sie schreibt nicht den Ansatz des fairen Werts vor, sondern nur des inneren Werts der Optionen. Letzterer entspricht der Differenz zwischen dem Aktienkurs im Zeitpunkt der Gewährung des Optionsrechts und dem Basispreis der Option, das heißt dem Kurs, zu dem man die Aktie bezie-

hen kann. Will man den für Mitarbeiteroptionen anzusetzenden Personalaufwand auf Null reduzieren, muss man lediglich den Basispreis so wählen, dass er dem aktuellen Aktienkurs entspricht, also sogenannte at-the-money Optionen vergeben, und diese nach APB 25 bilanzieren. Genau dieses Vorgehen ist bei den meisten amerikanischen Unternehmen zu beobachten. Lediglich zwei der 500 Werte des S&P-Index folgen der Empfehlung von FAS 123 und setzen den fairen Wert der Optionen als Personalkosten an.

Einen Eindruck von den verborgenen Kosten erhält man, wenn man sich vergegenwärtigt, wieviel man für derartige Optionen am Markt bezahlen müsste. In der Regel werden Kaufoptionen mit einer Laufzeit von acht bis zehn Jahren vergeben. Zwar sind diese nicht handelbar und können meist in den ersten ein bis vier Jahren nicht ausgeübt werden, dennoch lässt sich mit Hilfe von Options-

Ausgewiesener Gewinn nach Steuern (1999)

	nach APB 25 *	nach FAS 123 *	Differenz
Siebel Systems	122	95	-22%
Young & Rubicam	167	159	-5%
Delta Air Lines	1.101	935	-15%
Maxim Integrated	196	158	-19%
Broadcom	83	-106	-227%
Cendant Corporation	-55	-213	o. A.
Merrill Lynch	2.618	2.326	-11%
Yahoo	61	-256	-519%
Citrix Systems	117	64	-45%
Sapient	30	-10	-132%
Paine Webber Group	629	593	-6%
PeopleSoft	-178	-263	o. A.
T. Rowe Price	239	219	-8%
Qualcomm	201	149	-26%
Capital One Financial	363	326	-10%
Lehman Bros.	1.132	1.091	-4%
America Online	762	504	-34%
Hasbro Inc.	189	171	-10%
Toys'R'Us	279	232	-17%
J.P. Morgan	2.055	1.962	-5%

* Angaben in Millionen US-Dollar
o. A.: ohne Aussagegehalt

Quelle: ZEW, Universität Konstanz

preismodellen ein fairer Wert ermitteln. Dieser liegt nach den Berechnungen des ZEW in der Regel bei 20 bis 40 Prozent des Aktienkurses.

Die Tabelle illustriert die Gewinnverzerrung für 20 Unternehmen aus dem S&P 500 Index, die in hohem Maß Optionen einsetzen. ◀

Dr. Dieter Hess, dieter.hess@uni-konstanz.de
Erik Lüders, lueders@zew.de

ZEW-Workshop

Osteuropäische Finanzmärkte: Hindernis für zügige EU-Erweiterung?

■ Die Osterweiterung der EU sollte nicht vor dem Jahr 2007 beginnen. Erfolgt die Aufnahme der ersten osteuropäischen Länder in die Gemeinschaft zu rasch nach der Euro-Bargeldeinführung, dann sind damit enorme wirtschaftliche und politische Risiken verbunden. Insbesondere ist dann mit einer anhaltenden Euro-Abwertung zu rechnen. Diese Auffassung vertrat Prof. Paul Welfens, Universität Potsdam, auf einer Tagung zum Thema „EU-Osterweiterung und Finanzmärkte“. Veranstalter waren das ZEW gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Bonn. Die wissenschaftliche Leitung der Veranstaltung lag in den Händen von Prof. Rolf Caesar (Universität Hohenheim) und Dr. Friedrich Heinemann (ZEW).

In West- und Osteuropa keine Angleichung der Einkommen

Welfens begründete seinen Pessimismus mit politischen und wirtschaftlichen Argumenten: So werde etwa die Ratspräsidentschaft kleiner osteuropäischer Staaten für die Arbeitsfähigkeit der EU Probleme bereiten. Auf der wirtschaftlichen Ebene sei auf viele Jahrzehnte nicht mit einer Angleichung der Einkommensniveaus zwischen West und Ost zu rechnen. Welfens befürchtet allerdings, dass sich bei der Erweiterung die Politik über alle wirtschaftlichen Gefahren hinwegsetzen werde. Zu groß sei hier der Ehrgeiz der Kommission und der Druck der Amerikaner, die aus sicherheitspolitischen Gründen auf eine schnelle Erweiterung drängten.

Die pessimistische Einschätzung einer zügigen Erweiterung wurde allerdings nicht von allen Tagungsteilnehmern geteilt. Ulrich Schröder (Deutsche Bank Research) vertrat in seiner Analyse über die Währungspolitik der Bewerberstaaten eine deutliche Gegenposition zu Welfens. Schröder hält eine „reale Konvergenz“ im Sinne einer Annäherung der Pro-Kopf-Einkommen nicht für eine notwendige Bedingung für eine Aufnahme in die EU. Zudem rechnet er aufgrund der günstigen Daten bei den Konvergenzkriterien anschließend auch

mit einer zügigen Aufnahme in die EWU. Vor einem Euro-Beitritt müssten sich die Kandidatenländer aber darüber im Klaren sein, dass die EZB auf die besondere konjunkturelle Situation in den osteuropäischen Staaten mit deren geringem Anteil am EU-BSP kaum Rücksicht nehmen könne. Insgesamt hält Schröder unter der Annahme eines EU-Beitritts im Jahr 2005 eine Aufnahme der ersten Länder Osteuropas in die Eurozone etwa per Anfang 2008 für möglich.

Prof. Renate Ohr (Universität Göttingen) beleuchtete in ihrem Beitrag die Währungspolitik der EU-Bewerberstaaten. Sie machte deutlich, dass die Wechselkursentwicklung vieler Osteuropa-Währungen in den vergangenen Jahren durch eine reale Aufwertung gegenüber dem Euro gekennzeichnet gewesen ist. Dies sei unabhängig davon geschehen, ob ein Land nun eine Festkurspolitik, ein freies Floating oder ein hybrides Wechselkurssystem praktiziert habe. Ohr vermutet hinter der realen Aufwertung allerdings eher eine Gleichgewichtsreaktion des Wechselkurses als eine spekulative Übertreibung. Infolgedessen zeigte sie sich tendenziell optimistisch, dass die Gefahr von Währungs- und Finanzkrisen in den EU-Bewerberstaaten derzeit begrenzt ist.

Claudia Buch vom Kieler Institut für Weltwirtschaft analysierte das mit einer EU-Erweiterung verbundene Potenzial für eine Ausweitung des Ost-West-Handels und der Verflechtungen mit Direktinvestitionen. In ihrer Analyse kam Buch zu dem Schluss, dass für weiter fortgeschrittene Bewerberstaaten der EU-Beitritt schon zum Teil in den Güter- und Kapitalströmen vorweggenommen wurde: Der Warenaustausch und die Direktinvestitionen sind bei einigen Ländern nicht mehr sehr weit von den Niveaus entfernt, die für eine Vollmitgliedschaft

zu erwarten sind. Prof. Ádám Török (International Business School Budapest) betonte, dass der hohe Zufluss von Direktinvestitionen zumindest in Ungarn mit nur geringen Akzeptanzproblemen zu kämpfen habe. Allerdings seien westeuropäische Investitionen wesentlich populärer als solche aus den Nachbarstaaten der Sowjetunion.

Nutzwert für Finanzinvestoren

Eine Analyse mit Nutzwert für den Finanzinvestor wurde von Michael Schröder (ZEW) vorgestellt. Basierend auf den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre betrachtete er die Eignung der osteuropäischen Märkte zur Verbesserung der Ertrags-Risiko-Relation internationaler Aktiendepots. Negativ wirke sich hier



aus, dass bescheidene Erträge durch eine hohe Volatilität begleitet würden. Insgesamt hätte in den zurückliegenden Jahren eine Diversifikation nach Osten wenig für die Optimierung von Portfolios erbracht. Schröder betonte allerdings, dass die Zukunftsperspektive durchaus günstig sei, da die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt zu einer Verbesserung der Infrastruktur an den Aktienmärkten führe. Auch sei eine höhere Liquidität mit abnehmender Volatilität der Ostbörsen zu erwarten. Jens Köke (ZEW) belegte schließlich auf Basis von Umfragedaten, dass institutionelle Investoren derzeit den Finanzmärkten in Ungarn und Polen die besten Noten unter den Bewerberstaaten erteilen. ◀

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

ZEW-Kolloquium

Konjunktur messen und modellieren

■ Im ZEW-Kolloquium referierte Dr. Herbert S. Buscher, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“, über alternative Verfahren zur Bestimmung der konjunkturellen Komponente einer Zeitreihe sowie über Möglichkeiten, konjunkturelle Schwankungen modellmäßig zu erfassen.

Will man Aussagen über konjunkturelle Phänomene treffen, dann muss in einem ersten Schritt die konjunkturelle Komponente einer Zeitreihe bestimmt werden. Ein Ansatzpunkt für die Bestimmung des zyklischen Teils der Zeitreihe ist, den nicht beobachtbaren Potenzialoutput zu schätzen. Die Differenz zwischen Potenzialoutput und tatsächlichem Bruttoinlandsprodukt (zu konstanten Preisen, BIP), der sogenannte Output-gap, erfasst dann die Konjunktur.

Der Potenzialoutput kann auf mehrere Arten geschätzt werden. Für die Bundesrepublik Deutschland publiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung jährlich Daten über das Produktionspotenzial. Alternativ kann man den Potenzialoutput schätzen, indem man das reale BIP mit einem Hodrick-Prescott-Filter (HP-Filter) glättet und vom BIP subtrahiert. Der HP-Filter hat jedoch einige nicht wünschenswerte Eigenschaften; insbesondere „filtert“ der Ansatz mehr als nur die konjunkturelle Komponente aus der Zeitreihe. Besser schneidet demgegenüber ein von Baxter und King entwickelter Band-pass Filter ab. Dieser hat allerdings den Nachteil, dass insbesondere am aktuellen Rand der Zeitreihe Werte verloren gehen. Alle bisher ge-

nannten Verfahren haben zudem den Nachteil, dass für die Schätzungen des Potenzialoutputs beziehungsweise des Output-gaps keine Konfidenzbänder angegeben werden können, die einen Eindruck über die Präzision der Schätzung vermitteln.



Dr. Herbert S. Buscher

Deshalb bevorzugt eine andere Gruppe von Ökonomen eine Modellierung des Potenzialoutputs über einen Ansatz, in dem weitere ökonomische Variablen zur Erklärung verwendet werden. Die hier angewendeten Modellklassen reichen von Zustandsraum-Modellen über strukturelle Vektorautoregressionen bis hin zu sogenannten „unobserved components“-Verfahren. Diese Erklärungsansätze des Produktionspotenzials sind aus rein ökonomischer Sicht zufriedenstellender als die mechanistischen Filter, da sie explizit auf theoretische Zusammenhänge rekurren. Sie haben allerdings den erheblichen Nachteil, dass je nach Modellspezifikation unterschiedliche Werte für den Potenzialoutput und

somit auch für die konjunkturelle Komponente ermittelt werden.

Konjunktur modellieren bedeutet, die für die Schwankungen verantwortlichen Faktoren zu spezifizieren und zu quantifizieren. Hierbei kommt den unterschiedlichen Arten von Schocks eine besondere Bedeutung zu. Unterschieden werden die strukturellen Schocks hinsichtlich ihres Entstehens, also ob sie von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage oder von der Angebotsseite herrühren. Störungen von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage her haben nur einen zeitlich befristeten Einfluss auf den Output (temporäre Schocks) und führen bei einem positiven Schock zu Preisanstiegen. Angebotsschocks wirken demgegenüber dauerhaft auf den Output (permanente Schocks) und gehen mit Preissenkungen einher. Typischerweise werden Modelle, in denen den strukturellen Störungen eine besondere Bedeutung beigemessen wird, mit strukturellen vektorautoregressiven Modellen (SVARs) geschätzt.

Eine weitere Klasse von Modellen baut auf einer langfristigen Beziehung zwischen den Variablen auf, der sogenannten kointegrierenden Beziehung. Besteht zwischen den Variablen des Modells mindestens eine kointegrierende Beziehung, kann das Modell als Fehlerkorrektur-Ansatz formuliert werden. Der Vorteil besteht darin, dass neben der langfristigen Beziehung auch die kurzfristige Dynamik erfasst wird. Dieser Ansatz liegt beispielsweise dem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell zugrunde, das am ZEW gepflegt wird. ◀

Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Engel, Dirk; Fier, Andreas: *Does R&D-Infrastructure Attract High-tech Start-ups?*, No. 00-30.

Hess, Dieter; Lüders, Erik: *New Economy Accounting: Why are Broad-based Stock Option Plans so Attractive?*, No. 00-39.

Almus, Matthias: *The Shadow of Death: An Empirical Analysis of the Pre-Exit Performance of Young German Firms*, No. 00-44.

■ Dokumentationen

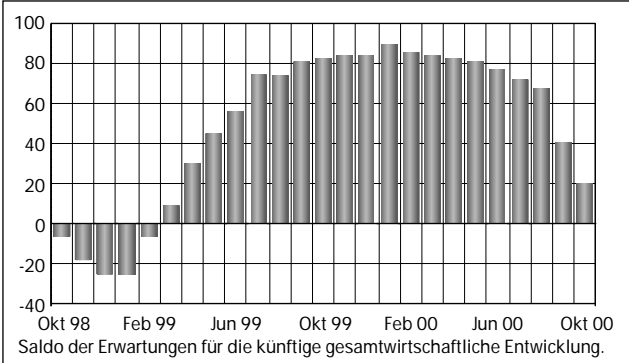
Janz, Norbert (Hrsg.): *Quellen für Inno-*

vationen: Analyse der ZEW-Innovationserhebungen 1999 im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, Nr. 00-10.

Krey, Matthias; Weinreich, Sigurd: *Internalisierung externer Klimakosten im PKW-Verkehr in Deutschland*, Nr. 00-11.

Daten und Fakten

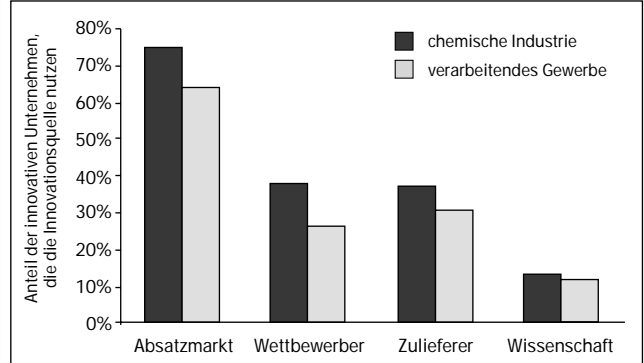
Finanzmarkttest im Oktober: Massiver Einbruch der Konjunkturerwartungen



Quelle: ZEW

Nachdem der Saldo der Konjunkturerwartungen schon im vergangenen Monat um 40 Prozent gefallen war, verzeichnet der Indikator im Oktober einen weiteren Rückgang von 50 Prozent. Nach 40,8 Punkten im September fällt er im Oktober auf 20,4 Punkte. Dies deutet darauf hin, dass die Konjunktur in Deutschland an Dynamik verlieren sollte. Seit dem Höchststand im Januar bei knapp 90 Punkten hat sich die Stimmung stark verschlechtert. Die Erwartungen liegen nun etwa auf dem Niveau vom Frühjahr 1998. Vor allem scheinen der hohe Ölpreis und die jüngsten drastischen Kursverluste an den Weltbörsen den Pessimismus der Experten hervorgerufen zu haben.
Birgit Sasse, sasse@zew.de

Chemische Industrie: Absatzmarkt gibt entscheidende Innovationsimpulse



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1999

Die chemische Industrie hat 1998 ihre Innovationsaktivitäten stark gesteigert. 82 Prozent der Unternehmen brachten neue oder merklich verbesserte Produkte auf den Markt, und 67 Prozent setzten neue Produktionsverfahren ein. Beide Anteile legten damit gegenüber 1997 um fast 20 Prozentpunkte zu. Die Einführung neuer Produkte war dabei vor allem auf Markt-signale zurückzuführen: 75 Prozent der innovativen Chemie-unternehmen führten Produktinnovationen ein, weil der Absatzmarkt sie forderte. Neben dem Absatzmarkt wurden in der chemischen Industrie auch alle anderen externen Innovations-quellen häufiger genutzt als im verarbeitenden Gewerbe.
Bettina Peters, b.peters@zew.de

Unternehmensbeteiligungen in Ost- und Westdeutschland

Unternehmen gegründet in	Struktur der beteiligten Unternehmen (in Prozent)				
	Zahl der beteiligten Untern.		Herkunft der beteiligten Unternehmen*		
	eins	zwei oder mehr	West-deutschl.	Ost-deutschl.	Ausland
Ostdeutschl.	7,6	1,9	59,5	42,7	4,3
Westdeutschl.	6,5	2,3	74,8	6,3	21,0

Anmerkung: * Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Auswertungen der ZEW-Unternehmensbefragung; eigene Berechnungen

Von rund 3.600 Anfang der Neunzigerjahre gegründeten Unternehmen weisen 9,1 Prozent die Beteiligung von einem oder mehreren Unternehmen zum Gründungszeitpunkt auf. Die Anteile sind dabei in ost- und westdeutschen Unternehmen etwa gleich hoch. Unterschiede zeigen sich jedoch bei der Herkunft der beteiligten Unternehmen. Ausländische Unternehmen sind etwa fünfmal häufiger an Unternehmensgründungen aus West als aus Ostdeutschland beteiligt. Ostdeutsche Unternehmen engagieren sich hauptsächlich in ostdeutschen Unternehmensgründungen. Der Hauptteil der an Unternehmensgründungen beteiligten Unternehmen stammt aus Westdeutschland.
Matthias Almus, almus@zew.de

Arbeitsstunden und Beschäftigte in Industrie und Dienstleistungen

	produzierendes Gewerbe		Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	
	Stunden in Mio.	Personen in 1.000	Stunden in Mio.	Personen in 1.000
1997/IV	3.138	8.639	1.475	4.845
2000/II	2.897	8.558	1.577	5.557
Saldo	-241	-81	+103	+712

Quelle: Statistisches Bundesamt

Dass ein nicht unerheblicher Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor Teilzeitbeschäftigten sind, geht aus einem Vergleich der geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer hervor. Jeweils für die Zeitpunkte viertes Quartal 1997 und zweites Quartal 2000 zeigen sich folgende Tendenzen in den Arbeitsstunden. Während im produzierenden Gewerbe dem Stellenabbau von 81.000 Personen weniger geleistete Arbeitsstunden von 241 Millionen gegenüberstehen, also ein Verhältnis von 3 zu 1, weisen im Dienstleistungssektor die 712.000 zusätzlich Beschäftigten nur 103 Millionen zusätzliche Arbeitsstunden auf.
Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de



Föderalismus

Wenn sich das föderale System unserer Staatsordnung im Prinzip auch bewährt hat, so zeigen sich doch arge Verkrustungen, die es aufzubrechen gilt. Sie haben ihre Ursache meistens darin, dass Föderalismus mit Unterschiedslosigkeit verwechselt wird, vor allem von denjenigen, welche die Lasten und Risiken eines Wettbewerbs zwischen den Bundesländern scheuen. Das Bildungssystem und die Finanzverfassung stellen gute Beispiele hierfür dar.

Die Crux im Bildungssystem beginnt bereits bei den Befugnissen der Kultusministerkonferenz (KMK). Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass durchgreifende und innovative Neuerungen dort am Widerstand reformresistenter, weil gleichmacherischer Bildungsideologien scheitern. Föderaler Wettbewerb scheint im Bildungswesen ein Fremdwort zu sein, obwohl beispielsweise alljährlich eine Bestätigung – vielleicht zähneknirschend – des hohen Standards des heimatlichen Abiturs stattfindet, wenn leistungsschwache Gymnasiasten rechtzeitig vor der Abiturprüfung schulisch ins benachbarte Bundesland wechseln, um dort plötzlich mit Noten zu reüssieren, die im eigenen Bundesland nur mit erheblich höherem intellektuellem Aufwand und Fleiß zu erzielen gewesen wären. Ein qualitativ angemessenes Abiturniveau könnte unter anderem dadurch erreicht werden, dass das Abitur die notwendige, nicht aber auch hinreichende Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums darstellt, indem den Universitäten das Recht zur Aufnahmeprüfung aller Studienbewerber zugestanden wird. Besorgte Eltern und leistungswillige Schüler werden dann schon für ein „wettbewerbsfähiges“ Abitur Sorge tragen und die KMK auf Trab bringen, so wir sie überhaupt noch brauchen.

Die Finanzverfassung gehört ebenfalls auf den Prüfstand, und zwar umfassender, als es die Überlegungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs offenbar vorsehen. Dem Steuerbürger in Baden-Württemberg ist schlichtweg nicht vermittelbar, wieso von einer Mark Steuereinnahmen

nur einige wenige Pfennige dem Landeshaushalt zugute kommen und er stattdessen beispielsweise zur Finanzierung von Seehäfen beitragen muss, obschon sich einer der größten Binnenhäfen Europas im eigenen Bundesland befindet, in Mannheim nämlich, und gar nicht erst zu reden von der Mitfinanzierung von (aufgeblähten) Bürokratien in einigen anderen Bundesländern, die dann auch noch Belehrungen zu erteilen berechtigt zu sein glauben.

Föderalismus heißt nicht Ausschaltung des Wettbewerbs, und dieser könnte im Rahmen der Finanzverfassung dadurch gestärkt werden, dass die Bundesländer eine begrenzte Steuerhoheit erhalten und dafür der Finanzausgleich teilweise zurückgefahren wird. Gewiss: Dies geht nicht von heute auf morgen, insbesondere vor dem Hintergrund der ostdeutschen Finanzkraft noch nicht im vollen anzustrebenden Umfang, und Unterschiede im öffentlichen Leistungsangebot werden bestehen bleiben. Aber: Die Perspektive und erst recht die Realisation einer solchen Steuerhoheit stärkt die Leistungsbereitschaft, gerade bei den Nutznießern des bisherigen Finanzausgleichs, weil dort die Ausgaben dann disziplinierter und wachstumsorientierter getätigt werden, und es belohnt durch niedrigere Steuern die Leistungswilligen in den wirtschaftspolitisch erfolgreichen Bundesländern. Die Finanzverfassung der Schweiz kann hierbei als Diskussionsgrundlage dienen. Dort werden nämlich Bundes-, Kantonal- und Gemeindesteuern erhoben, und es sind nicht unerhebliche Unterschiede bei den kantonalen Steuern festzustellen, ohne dass von einem ruinösen kantonalen Wettbewerb zu hören wäre oder die Versorgung mit notwendigen und/oder gewünschten öffentlichen Gütern etwa im Bereich der Infrastruktur in den einzelnen Kantonen gefährdet wäre, wie dies von einigen Bedenkenträgern gelegentlich befürchtet wird.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher